



Eine **Information**

der Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Nr. 23 - Mainz, den 14.9.2012

## **GdP erörtert neues Gesetz zu Besoldung und Versorgung mit dem FM**

### **FM: Reform des finanziellen Dienstrechts darf keine Mehrkosten produzieren**

Als Ausfluss der Föderalismusreform will die Landesregierung die besoldungs- und versorgungsrechtlichen Angelegenheiten eigenverantwortlich regeln. Dazu liegen die entsprechenden Gesetzentwürfe vor. Die GdP hat über den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) eine Stellungnahme abgegeben. Am Mittwoch fand nun im Finanzministerium ein Erörterungsgespräch statt. Staatssekretär **Dr. Barbaro** machte bereits zu Beginn deutlich, dass die Novellierung des Besoldungs- und Versorgungsgesetzes keine Mehrkosten für den Landeshaushalt bringen dürfe.

Die Vertreter des DGB, angeführt von **Astrid Clauss**, machten noch einmal deutlich, dass die Festlegung der Besoldungserhöhung auf 1 % für die nächsten 5 Jahre, nicht der gesetzlichen Formulierung "die Besoldung ist den wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen anzupassen" entspricht. Der DGB und die GdP erwarten, dass diese diskriminierende Deckelung zurückgenommen wird.

Als einzige Vertreter der Polizeiinteressen formulierten der stellvertretende Vorsitzende der GdP **Heinz-Werner Gabler** und der Gewerkschaftssekretär **Markus Stöhr** die dringend notwendigen Verbesserungen für die finanzielle Ausgestaltung der Polizei.

Nur beispielhaft seien aufgezählt: **Dynamisierung und Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, Dynamisierung und Anhebung der DUZ-Beträge, Verbesserungen im Bereich des Gesundheitsschutzes, Verbesserungen im Bereich der Bearbeitung von Dienstunfällen, Wegfall der Stellenplanobergrenzen, optional freie Heilfürsorge für die gesamte Polizei.**

Das Finanzministerium lehnte alle Vorschläge, die mit Mehrkosten verbunden sind, ab.

**Einzig**e Lichtblicke waren die Zusicherungen, die freie Heilfürsorge intensiv zu prüfen, über den Wegfall der Tagegelder bei den Reisekosten noch einmal nachzudenken und die Verbesserung der Bearbeitung von Dienstunfällen in Angriff zu nehmen.

*„In den anstehenden Tarifverhandlungen zu Beginn des Jahres 2013 werden wir den Druck auf die Straße bringen, um anschließend die 1 %ige Deckelung zu kippen. Falls erforderlich werden wir den Rechtsweg durch alle Instanzen beschreiten“, so Heinz-Werner Gabler.*